

Die Schweiz – ein urbaner Siedlungsraum – oder Ist die Gross-Stadt Schweiz bereits Realität?

Nichts wäre falscher, als die Architekten Herzog/de-Meuron vom ETH-Studio Basel zu verteufeln, weil sie die ganze Schweiz in ihrer Studie als urbanen (=städtischen) Siedlungsraum bezeichnen und entsprechende Betrachtungen anstellen.

Sie haben nichts anderes getan, als die Folgen der Wachstumspolitik der letzten 50 Jahre (Bevölkerung, Wirtschaft, Überbauungen, Verkehrsanlagen etc.) zu beurteilen und die Entwicklung in die Zukunft zu extrapolieren. Sie haben sich Gedanken gemacht, wie trotzdem ein erträgliches Umfeld geschaffen werden könnte.

Eigentlich machen sie auf ihrem Gebiet dasselbe, was Prof. Kneschaurek zu Beginn der 70er Jahre machte, als er für die Schweiz eine Einwohnerzahl von 10 Mio. Menschen bis zum Jahr 2000 voraussagte, für den Fall, dass die Einwanderungs- und Wachstumspolitik der 60er Jahre (mit Nettozuwanderungen bis zu 110 000 Menschen pro Jahr) weitergeführt würde. .

Dass es dann doch nicht soweit kam, ist im Wesentlichen den Anstrengungen der Nationalen Aktion zu verdanken.

Wenn heute keine politisch wirksamen Anstrengungen unternommen werden, um die Bevölkerungszunahme zu stoppen, die Verbauerei des Landes zu verunmöglichen, wird die Vision der Herren Herzog/de Meuron im besten Falle Wirklichkeit werden. Im schlechteren Falle werden wir in einem Agglobrui mit sinnlosen Pendler-Strömen und krebstartig wuchernden Siedlungen dahinvegetieren.

Die Erlebnis-Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“ wird es nicht mehr geben, weil die „Grünen Wiesen“ fehlen werden und statt derer der Asphalt-Beton-Dschungel das Autofahrerherz (dank reichlichen Parkplätzen!) erfreuen wird. (Und der Holcim-Zement-Konzern wird immer neue Rekordgewinne dem staunenden Publikum präsentieren!)

Berggebiete als „ewige Patienten“

zu bezeichnen, ist für die dort lebende Bevölkerung ebenso beleidigend, wie die chronische Geringschätzung der Lebensmittelproduktion für die ganze Landwirtschaft. Klar, dass von den mit der Natur arbeitenden Menschen in absoluten und noch mehr in relativen Zahlen sinkende Beiträge an das Bruttoinlandprodukt ausgewiesen werden, wenn die Preise für ihre Produkte dauernd gedrückt werden. Die Politik der Preisdrückerei für die lebensnotwendigen Güter im Interesse der Güter des Wahlbedarfs und des Luxuskonsums wird eines Tages auch für die Industriestaaten bittere Folgen haben. Schon vor über 10 Jahren schrieb ein Kritiker der heutigen Preispolitik:

«Offenbar „lohnt“ es sich nicht mehr in Europa Nahrungsmittel zu produzieren! Ist das nicht Wahnsinn? Der Grund: Die Menschen wollen nicht einmal für das Lebenswichtigste den Preis zahlen, der die Kosten deckt, weil sie ihr Geld lieber für Unwichtiges ausgeben. Die deutsche Durchschnittsfamilie gab 1960 noch 45% ihres Einkommens für die Ernährung aus, 1970 waren es 35%, 1982 schliesslich 27 % und 1990 noch 24%.

Das ist sogar schon ein Problem für die Entwicklungsländer geworden; denn auch dort erhalten die Bauern keinen angemessenen Preis, der sie veranlassen könnte, ihren Anbau zu erhöhen. Und die Vereinigten Staaten unterbieten die Preise, weil sie mit ökologisch schändlichen Methoden produzieren und überdies ihre Preise noch subventionieren. Und durch die völlige Freigabe des Handels (GATT – heute WTO) wollen sie die Europäer zwingen, ihre eigene Landwirtschaft dem Ruin auszuliefern.»

- 2 -

Übrigens, die Schweizer Durchschnittsfamilie gibt 2005 noch ca. 8% ihres Einkommens für die Ernährung aus!

An der FAO-Tagung in Rom vom vergangenen Oktober wurde bekannt gegeben, dass derzeit 852 Millionen Menschen in aller Welt Hunger leiden, mehr als je zuvor. Allein in diesem Jahr sind nach Angaben des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP) bereits über sechs Millionen Menschen verhungert, täglich sterben weitere 25 000, weil sie nicht genug zu essen haben.

Gewiss, solange es Überschussgebiete gibt, ist es lediglich eine Frage des Geldes, ob ein Volk genügend Nahrungsmittel bekommt oder nicht. Aber was, wenn z.B. die weltweiten Transporte

mangels Treibstoff oder wegen Unruhen und Kriegen (siehe z.Zt. Frankreich und gewisse afrikanische und asiatische Staaten) nicht mehr sichergestellt werden können?

Und die Lebensqualität ...

Die Stadt ist kinderfeindlich! – so weiss man seit jeher. Und tatsächlich – die Kinderfreundlichkeit und die Geburtenfreudigkeit ist in der wachsenden, urbanen Schweiz massiv eingebrochen. Die heutigen Geburtenzahlen (1,4 pro Frau) lassen den Schwund der ursprünglichen Bevölkerung in rasantem Tempo als unausweichlich erscheinen. Das heisst aber keineswegs, dass der Wachstumsmotor – Bevölkerungszunahme - der urbanisierten Schweiz ins Stottern kommen wird. Die Einwanderung von heute netto über 50 000 Menschen aus der ganzen Welt wird sich dank der Personenfreizügigkeit aus dem europäischen Osten solange erhöhen, bis die Lebensbedingungen hier ebenso schlecht sein werden wie heute in Serbien, Bosnien, dem Kosovo, Rumänien, der Türkei usw.

Der Charakter der Wohnbevölkerung wird sich massiv ändern, und wie weit eine echte Integration möglich sein wird, ist eine offene Frage. Ähnlich wie für die Krawalle in Frankreich baut sich bei uns schon jetzt und gewiss noch mehr in Zukunft ein Konfliktpotential auf, das uns noch viele Sorgen bereiten wird.

Die Mutter junger Erwachsener bekannte mir in diesen Tagen spontan, sie empfehle ihren Kindern, selbst keine Kinder mehr in die Welt zu setzen. Auf die Vorhaltung, dass damit dem Untergang des eigenen Volkes Vorschub geleistet werde, meinte sie: " Ja, das stimmt – aber in unserer Gesellschaft hat es keinen Platz mehr für Kinder."

Zum Zeitpunkt dieses Aufsatzes werden die Gemeindewahlen von Köniz vorbereitet. Wie der heutigen Tagespresse (9.11.) zu entnehmen ist, brüstet sich der amtierende Gemeindepräsident mit 5 Wachstumzonen im ohnehin schon im Verkehr erstickenden, stadtnahen Gemeindeteil:

- Wohnungen für 1 000 Personen und ein asiatisches Einkaufszentrum bei den Vidmar-Hallen (Gemeindegrenze);
- Eine „wunderschöne“ Wohnungsüberbauung im Zentrum von Köniz auf dem letzten offenen Land zwischen SchlossAreal/Friedhof und Stapfenstrasse;
- Einen „städtebaulichen Wurf“ sieht der wachstumssüchtige Herr Mentha im früheren Bauerndorf Schliern, das ohnehin schon zu einer Zivilisationswüste verkommen ist;
- Für 2300 Personen sei eine Überbauung im Ried – hinter dem Könizbergwald – geplant; usw. usf.

- 3 -

Die Verdichtung der Besiedelung ist heute das Schlagwort, damit noch mehr Menschen mit ihren Ansprüchen in den gleich bleibenden Raum hineingepresst werden können. Ein Wachstumsstopp scheint ausserhalb der Vorstellungswelt der politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen zu sein.

Ein Rückblick

In den politischen Auseinandersetzungen der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts kämpfte die Nationale Aktion gegen die Wachstumspolitik und war entsprechend verhasst.

Aus dieser Zeit stammt ein Gedicht von Fritz Schäubele sel. , das hier als Abschluss zitiert sei.

Götzengebet

Erhabener Moloch, erhör unser Flehn,
lasse den Fortschritt nicht stille stehn,
gib Häuser und Strassen von Genf bis nach Chur,
dazu noch ein bisschen Infrastruktur!

Du siehst uns Erhab'ner, zum Opfer bereit.
Wir opfern dir täglich seit längerer Zeit

Das kostbarste, was unserm Volke gehört:
Den Boden, die Erde, die uns ernährt.

Wir opfern an Siedlungs- und Strassenrand
Dir täglich fast vierzig Jucharten Land,
ein grosses, ein stattliches Bauerngut!
Es gibt keinen Zweiten, der so etwas tut!

Erhabener Moloch, nimm's gnädig an.
Und wenn du's genommen – erkläre uns dann,
wovon wir auf betongepflasteten Schollen
im Fall eines Falles noch leben sollen!!

Valentin J. Oehen, *e. Nationalrat, Köniz*